

WEGWARTE

Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt

Die PLANDEMIE wird erst vorbei sein, wenn immer mehr Menschen erkennen, daß es sie gar nicht gibt.

Es ist uns bewußt, daß es angesichts der täglichen, fast stündlichen Propagandamaschinerie über die meisten offiziellen Ebenen derzeit noch vielen Menschen schwerfällt, sich das vorstellen zu können. Aber es ist zum „Greifen“, daß wir es inzwischen mit einem weltweiten Krieg gegen Völker und Menschen zu tun haben. Nicht nur gegen deren Freiheit, sondern gegen die Gesunderhaltung ohne die „chemische Keule“, ja gegen das (Über-)Leben insgesamt! Bei den Pflanzen und Tieren haben das viele verstanden, aber bei uns Menschen wollen wir es nicht wahrhaben ??? Uns wird mit allen massenpsychologischen Tricks eingeredet, daß der „Corona“-Virus die größte Lebensbedrohung aller Zeiten ist, die wir nur mithilfe der Riesengewinne der Pharmaindustrie in den Griff kriegen würden. Morgen wird das benötigte Schreckgespenst dafür nicht mehr als „Delta“, sondern „Omega“ oder unter irgendeinem anderen x-beliebigen Phantasienamen in allen Medien und Politikererklärungen zur Angsterzeugung herhalten müssen. Denn Angst macht gefügig und nur darum geht es.



Gerade aufgrund der neuen „Corona-Regeln“ wird klar, daß wir diesem Wahnsinn nur entkommen werden, wenn sich immer mehr Mitbürger den Grundfragen stellen:

Kann man „Corona“ überhaupt zweifelsfrei medizinisch feststellen?

Nein. **Alle** sogenannten „Tests“ haben keine klinische Aussagekraft. Deshalb gibt es auch so viele Menschen, die „positiv getestet“ wurden und überhaupt keine Symptome haben. Sie sind einfach gesund und können daher auch niemanden „anstecken“. Die wenigen, die Symptome haben, würden ihre jeweilige Krankheit (z.B. eine Grippe) auch ohne „Corona-Test“ entweder zuhau-

se auskurieren oder müßten in ein Spital wie bisher auch. Gemäß Aussagen seriöser Wissenschaftler wäre die „Pandemie“ ohne die ganze Testerei längst vorbei!

Welche Aussagekraft hat dann die Zahl der Intensivpatienten für irgendwelche Zwangsmaßnahmen?

Keine. Es ist reine diktatorische Willkür, egal ob vom „türkisen“ **Kurz**, vom „roten“ **Ludwig** oder vom „grünen“ **Mückstein** unter großem Beifall der Neos. Außerdem werden wir wohl nie die Wahrheit über die Zahl jener erfahren, die wegen schwerer Impfschäden in den Intensivstationen landen.

Warum machen viele dabei trotzdem (noch) mit?

Aus Unwissenheit und weil sie immer mehr erpreßt werden! Sie lassen sich testen oder sogar impfen, um in ein Gasthaus oder Café gehen oder verreisen zu können. Oder um ihren Arbeitsplatz behalten zu können. Anstatt der Erpressung nachzugeben, sollten möglichst viele davon

Aufschrei des Arztes Dr. Johann Wilde	Seite 3
„Afghanistan“ von Dr. Eva Maria Barki	Seite 4
Auf dem Weg zur Ibiza-Republik?	Seite 6
EU-Kommission plant Vermögensregister	Seite 7
Freiheitskundgebungen in Klagenfurt, Salzburg und Wien	Rückseite

Österreichische Post AG / SP20Z042089S
Initiative Heimat & Umwelt, Hageng. 5, 3424 Zeiselmauer

Betroffene solche Verhaltensweisen einklagen. Denn die Erpressungen werden immer schlimmer werden!

Ist das behauptete Phänomen der „Ansteckung“ überhaupt jemals wissenschaftlich bewiesen worden?

Nein. Dazu gibt es ausführliche, für jeden einsehbare und nachvollziehbare Forschungsergebnisse auf www.wissenschaftplus.de des Mikrobiologen **Dr. Stefan Lanka**. Auch die Ärzte **Dr. Buchwald**, **Dr. Loibner** u.a. haben dazu entspr. Sachbücher verfaßt. Der Medizinjournalist **Hans Tolzin** hat schon 2012 lange vor „Corona“ ein genau recherchiertes Buch mit dem Titel „Die Seuchen-Erfinder“ herausgebracht. In diesem prognostizierte er bereits damals: „Die nächste Pseudo-Seuche kommt bestimmt“.

Was hat die Impfung dann überhaupt für einen gesundheitlichen Nutzen?

Die „Corona“-Impfungen sind in Wahrheit ein Massenexperiment der Genmanipulation an Menschen mit völlig unbekanntem Folgen. So heißt

es z.B. im Kaufvertrag, den die EU auch für Österreich mit Pfizer BioNtech abgeschlossen hat:

„Der Käufer erkennt an, daß die langfristigen Wirkungen und die Wirksamkeit des Impfstoffs derzeit nicht bekannt sind und daß der Impfstoff unerwünschte Wirkungen haben kann, die derzeit nicht bekannt sind.“ Und: „Der Käufer erklärt sich hiermit bereit, Pfizer, BioNTech und deren verbundene Unternehmen (...) von und gegen alle Klagen, Ansprüche, Aktionen, Forderungen, Verluste, Schäden, Verbindlichkeiten, Abfindungen, Strafen, Bußgelder, Kosten und Ausgaben freizustellen, zu verteidigen und schadlos zu halten.“

Der Rückgang aller großen „Seuchen“ hatte nichts mit Impfungen zu tun!

Das wird immer nur behauptet. Aber bereits im Juli 2011 wurde zu diesem Thema ein eigener „Impf-Report“ veröffentlicht mit mehr als 50 Grafiken und Statistiken, die zeigen, daß die Erkrankungsraten und Todesfälle in der Regel lange vor Einführung der Massenimpfungen zurückgingen. Dieser „Impf-Report“ ist noch digital erhältlich - siehe

<https://tolzin-verlag.com/IRA080>

Zu unabhängigen Informationen über Impfungen generell empfehlen wir die sehr informative Webseite www.impfkritik.de

Müßten wir nicht „solidarisch“ sein?

Mit wem oder was denn? Mit einem „Corona-Regime“, das immer mehr in Richtung DDR mit Zwangsbehandlungen noch dazu zweifelhafter Wirkungen geht? Schon heute gibt es in Österreich schwer Verunfallte, die in Krankenhäusern nicht behandelt werden, weil sie ein Genexperiment namens Corona-Impfung und einen sinnlosen und gesundheitsschädlichen „Test“ verweigern. Aber die Politiker behaupten, es gäbe keinen Impfpflicht!

Wir plädieren für Solidarität mit allen Mitbürgern, die sich weder testen noch impfen noch einsperren oder hinter einer Maulkorb-Maske unkenntlich machen lassen. Sie tun dies nicht aus Eigennutz - ganz im Gegenteil - und ertragen dafür schwere Einbußen im Alltagsleben. Aber ihnen ist bewußt geworden, daß in jeder Diktatur „Mitläufer auch Mittäter sind“ ...

Wußten Sie, daß ?

■ Gen-Experimente am Menschen wie die COVID-Impfung bisher verboten waren?

■ der sogenannte Corona-Virus schon verschiedentlich patentiert wurde (!) und daß die Patentinhaber Rechte an den Benutzern der COVID-Impfung - also an den Geimpften - erworben haben? Ein diesbezügliches Urteil des Höchstgerichtes der USA liegt vor.

■ die sogenannte „spanische Grippe“ vor 100 Jahren am Ende des ersten Weltkriegs vor allem durch Massenimpfungen und die damaligen Lebensbedingungen von mangelnder Hygiene, Hungersnot und Krieg verbreitet wurde und schon damals kein Grippevirus als Auslöser festgestellt werden konnte. Ungeimpfte halfen den Geimpften beim Gesundwerden und steckten sich bei den Kranken nicht an.

■ bis heute kein Poliovirus isoliert wurde und die Kinder durch den massiven grenzenlosen Einsatz von Chemikalien im Haushalt und der

Landwirtschaft (DDT!) gelähmt wurden - und nicht durch einen hypothetischen Virus.

■ im „Nürnberger Kodex“ von 1948, der von allen Staaten beschlossen und unterschrieben wurde, betreffend medizinischer Massenexperimente wie der Corona-Tests und Impfungen festgehalten wurde:

Die freiwillige Zustimmung der Versuchsperson ist unbedingt erforderlich. Das heißt, dass die betreffende Person im juristischen Sinne fähig sein muss, ihre Einwilligung zu geben; dass sie in der Lage sein muss, unbeeinflusst durch Gewalt, Betrug, List, Druck, Vortäuschung oder irgendeine andere Form der Überredung oder des Zwanges, von ihrem Urteilsvermögen Gebrauch zu machen; dass sie das betreffende Gebiet in seinen Einzelheiten hinreichend kennen und verstehen muss, um eine verständige und informierte Entscheidung treffen zu können.

Diese letzte Bedingung macht es notwendig, dass der Versuchsperson

vor der Einholung ihrer Zustimmung das Wesen, die Länge und der Zweck des Versuches klargemacht werden; sowie die Methode und die Mittel, welche angewendet werden sollen, alle Unannehmlichkeiten und Gefahren, welche mit Fug zu erwarten sind, und die Folgen für ihre Gesundheit oder ihre Person, welche sich aus der Teilnahme ergeben mögen. Die Pflicht und Verantwortlichkeit, den Wert der Zustimmung festzustellen, obliegt jedem, der den Versuch anordnet, leitet oder ihn durchführt. Dies ist eine persönliche Pflicht und Verantwortlichkeit, welche nicht straflos an andere weitergegeben werden kann.

Die Geimpften und Getesteten sind für uns kein Feindbild. Wir hoffen, daß bei den ersten Impfwellen viel Placebo verabreicht wurde, also quasi Leersubstanzen. Das Problem ist nur, daß der normale Bürger nie wissen kann, ob er nun Placebo oder eine Genmanipulations-Spritze erhält - das würden wir unseren Mitbürgern gerne ersparen!

EIN AUFSCHREI...

**...müßte durch unser Volk gehen, das ganze Land erschüttern:
ES REICHT! SCHLUSS JETZT! DAS MASS IST VOLL!**

von Dr. med. Johann Wilde

Jetzt machen sich die Impfverbrecher schon über unsere Kinder her, die weder selbst Corona-gefährdet sind, noch eine Gefahr für andere darstellen. Jedes Tier kämpft um seine Brut, wenn diese bedroht wird. Den Menschen redet man eine Pandemie ein, vor der die Kinder durch Impfung zu schützen seien.

Den Kindern in der Schule erzählt man, als Geimpfte würden sie andere vor der Corona-Erkrankung bewahren. So wird der Idealismus der jungen Menschen auf schamloseste Weise mißbraucht! Über tatsächliche Wirkung (Gentherapie) und todbringende Nebenwirkungen freilich werden sie nicht aufgeklärt.

Eigene Impfung sei ein Akt der Menschlichkeit, ja ein Akt der Nächstenliebe, wie es sogar aus kirchlichen Kreisen tönt. Anlässlich einer katholischen Firmung in Salzburg hat sich jüngst der Prediger zu dem Vergleich verstiegen, der Ausspendung des Hl. Geistes einst über die Apostel entspräche heute die Ausspendung der Impfdosen über die Menschheit.

Bei soviel impertinenter Demagogie gekoppelt mit Angstmache und indirektem Zwang ist es zugegebenermaßen schwer, standhaft zu bleiben. Da ist einmal der Gruppendruck in der älteren Generation („Sind Sie auch schon geimpft?“), andererseits das völlig unverständliche Leisetreten der nahezu gesamten Ärzteschaft.

Mit „Kopfeinziehen und durch“ ist es nicht mehr gemacht. Ich fordere meine Kolleginnen und Kollegen auf, endlich sich zu unseren moralischen Berufsprinzipien zu bekennen –früher hätte man vom Hippokratischen Eid gesprochen– und endlich klar Stellung zu beziehen!

Bei bereits 12.000 Impfgetöteten und 800.000 Impfgeschädigten in nur sechs Monaten (das war Ende Juni 2021) allein in Europa (laut Dokumentation der EMA) ist es höchste Zeit, offen Widerstand zu leisten!

Wie bescheuert muß ein Geburtshelfer sein, seiner Gebärenden die Maske aufzuzwingen und sie solchermaßen zu quälen?

Wie gewissenlos muß man als Arzt sein, einer Schwangeren zur Corona-Impfung zu raten und dabei die Erkenntnisse eines halben Jahrhunderts Reproduktionstoxikologie einfach zu ignorieren? Schwangere mit dem Kurz'schen Höllen-Cocktail zu beimpfen, das ist ja wahrhaft an Fürchterlichkeit nicht mehr zu überbieten!

Haben wir aus der Contergan-Katastrophe der frühen 60er-Jahre nichts dazugelernt? Genügen uns nicht das fetale Alkohol-Syndrom und die kindlichen Schädigungen rauchender und rauschgiftsüchtiger Mütter? Will die Pharma-Industrie und ihre abhängige Wissenschaft neue embryonale Mißbildungen sehen oder soll einfach durch Fehlgeburten und Unfruchtbarmachung der Genozid vorangetrieben werden? Ärzte wieder als Vollziehungsgehilfen und Handlanger eines verbrecherischen Regimes? Ihr habt nichts aus der Geschichte gelernt ...

Eltern! Es kommt die Stunde, da Eure halbwüchsigen Kinder Euch die Frage stellen werden: Warum habt Ihr zur Impfung-Euthanasie geschwiegen? Warum habt Ihr uns preisgegeben? Warum habt Ihr nicht Widerstand geleistet, solange es noch möglich war? Es ist nicht mehr viel Zeit. In Deutschland wird schon eine Gesetzesregelung überlegt, die Schulkinder ab zwölf Jahren auch ohne Einwilligung ihrer Eltern zu impfen, wenn sie es selber wünschen. Welches Kind in diesem Alter kann schon dem Gruppendruck widerstehen?

Mütter, Ihr (!) müßt Eure Kinder beschützen! Väter, Ihr (!) müßt um eure Kinder kämpfen!

Im Herbst geht es richtig los! Man wird den weiteren Schulbesuch von der Impfung abhängig machen. Man wird Euch vielleicht sogar

das Erziehungsrecht über Eure Kinder entziehen, wenn Ihr Euch weigert.

Schlimme Perspektiven wohl, aber alles nicht so schlimm wie Tod oder lebenslanges Siechtum Eures Kindes. Kein Zweifel: Die nächsten im Impfprogramm sind dann die kleinen Kinder, im Kindergarten, und schließlich die Säuglinge. Warum sollten da die Nebenwirkungen weniger schlimm verlaufen als bei Erwachsenen? Es gibt dazu noch keine Erfahrungswerte.

Nochmals: Dies ist keine Schutzimpfung im herkömmlichen Sinne. Hier läuft eine Großfeldstudie, ein einziges großes genetisches Experiment - und Eure Kinder sind die Versuchskaninchen! Mit Eurer Unterschrift!

Schon keimt ein wenig Hoffnung auf: Einige mutige Kinderärzte haben bereits warnend ihr „Gesicht gezeigt“. Mittlerweile sind es 140 geworden! Ähnlich in unseren Nachbarländern. Kolleginnen und Kollegen! Laßt diese nicht allein im Regen stehen!

Väter! Mütter! Tut Euch zusammen und tretet der impfwütigen Verbrecherbande und ihren Kollaborateuren geschlossen entgegen!

Eltern, bitte seid Euch Eurer Würde (!) bewußt!!

Dr. med. Johann Wilde

unterrichtete jahrzehntelang
als Facharzt für Anatomie
an der Universität Wien

Wien, am 19. Juni 2021

*vorgetragen anlässlich des
Pathovacc-Ärztetages
am 19./20.6.2021
in Tamsweg/Salzburg*

**Plattform Ärzte für das Leben,
Währingergürtel 152/5
1090 Wien**

Dazu aktuelle Informationen
entnehmen Sie bitte dem Internet
unter:

www.wirzeigenunsergesicht.org

AFGHANISTAN

von Rechtsanwältin Dr. Eva Maria Barki

Der Abzug der amerikanischen Truppen aus Afghanistan nach 20-jähriger Besatzung hat wegen des desaströsen Abgangs der Amerikaner für Schlagzeilen gesorgt:

Im Mittelpunkt steht die Machtübernahme durch die Taliban, wobei westliche Politiker und westliche Medien das amerikanische Narrativ übernehmen und sich in Warnungen vor der Gefahr der Taliban überbieten. In Schreckensszenarien wird Mord und Todschatz prognostiziert, sowie die Mißachtung aller Menschen- und Grundrechte, insbesondere der Rechte der Frauen.

Die westliche auf Einhaltung der „westlichen Werte“ und des Rechts bedachte Gemeinschaft berücksichtigt jedoch nicht die in Afghanistan vorgegebenen rechtlichen Grundlagen und beachtet auch nicht die Grundnormen des Völkerrechtes, insbesondere das Recht eines jeden Volkes auf Selbstbestimmung seine politischen, wirtschaftlichen und sozialen Belange betreffend. Das internationale Völkerrecht existiert ja im Westen schon lange nicht mehr. Stattdessen wird eine „regelbasierte (Welt)Ordnung“ als Maßstab gesehen, wobei die Regeln vom Westen aufgestellt und auch gegen den Willen anderer Staaten durchgesetzt werden sollen.

Unter diesem Aspekt wird auch Afghanistan beurteilt, wobei ausschlaggebend für die emotionell geführten Diskussionen zweifellos die Terroranschläge am Flughafen in Kabul waren.

In den politischen Analysen der Staatskanzleien und Medien wird weder auf die Geschichte des Landes und seine historische Entwicklung eingegangen, noch auf die kulturellen Gegebenheiten und die sich von anderen Ländern extrem unterscheidenden gesellschaftlichen Voraussetzungen sowie die Mentalität der Bevölkerung, die sich in Asien von der westlichen Mentalität grundlegend unterscheidet. Um die Taliban und ihre rasche und problemlose Machtübernahme zu verstehen, muß man sich mit den historischen Gegebenheiten und mit den gesellschaftlichen Strukturen der Bevölkerung befassen.



Dr. Eva Maria Barki

Historischer Hintergrund:

Afghanistan war das Opfer der Bestrebungen Großbritanniens, sein Weltreich, das **British Empire**, nach Asien auszudehnen. Großbritannien, das nach dem Ende der Napoleonischen Kriege am Wiener Kongress 1815 nicht teilgenommen hat und die Neuordnung Europas gemeinsam mit Rußland ablehnte, hat sich seither zur Gänze auf zentral Asien konzentriert und nach dem Wegfall Frankreichs als Großmacht im Russischen Reich einen Gegner und Rivalen gesehen, dessen Einfluß es zu bekämpfen galt. Großbritannien befürchtete einen russischen Einfluß und eine russische Expansion auf Indien und wollte eine Pufferzone einrichten, um den Landweg für Rußland abzuschneiden.

Afghanistan wurde daher von den Engländern 1839 zum ersten Mal militärisch angegriffen und in der Folge - nach einem weiteren Krieg 1878 - bis 1919 besetzt. Es wurde zum Opfer des Britischen **Great Game (Das Große Spiel)** und ist es gewissermaßen bis heute, nur sind an die Stelle Großbritanniens die Vereinigten Staaten von Amerika getreten. Auch heute ist Afghanistan ein geostrategisch wichtiger Punkt im Konflikt der USA mit Rußland, China und Indien.

Afghanistan machte nach Erlangung der Unabhängigkeit 1919 eine beachtliche demokratische Entwicklung durch, ein parlamentarisches System wurde eingerichtet, Pressefreiheit, Menschenrechte und Rechte der Frauen - die das aktive und passive Wahlrecht erhielten - wurden gewährleistet. Dies war jedoch nicht im Sinne Großbritanniens und der USA. Mit Hilfe Pakistans wurde Widerstand

einzelner Stammesfürsten gegen die Demokratisierung bewirkt, was zu Spannungen in der Gesellschaft und schließlich zu einem von den USA und der CIA unterstützten und finanzierten blutigen Bürgerkrieg führte. **1978** wurde als dessen Folge die Monarchie und das Königshaus gestürzt und die **Demokratische Republik Afghanistan** ausgerufen, welche die Regierung der Sowjetunion um Unterstützung zur gesellschaftlichen Umgestaltung ersuchte.

Die herbeigerufenen russischen Truppen besetzten schließlich das Land von 1979 bis 1989. Während die Sowjetunion die **Säkularisierung Afghanistans** und umfangreiche Reformen zur Alphabetisierung und Gesundheitsvorsorge unterstützte, wurden - mit dem Ziel der Schwächung der Sowjetunion - **von den USA und ihren Verbündeten islamistische Rebellengruppen gegründet**, insbesondere die **Mudschahedin**, welche vom gesamten Westen unterstützt und vom CIA mit modernsten Waffen und Raketen ausgestattet wurden.

In Entsprechung des Genfer Abkommens von 1988 erfolgte **1989 unter Gorbatschow der Rückzug der sowjetischen Truppen, worauf die Mudschahedin - wieder mit Unterstützung des Westens - und vor allem Pakistans die Macht übernahmen.**

Sowohl die Mudschahedin als auch die Taliban wurden von den USA mit Hilfe ihrer Stützpunkte in Pakistan versorgt und finanziert (6 Milliarden US-Dollar), damit ging der Plan des strategischen Beraters der US-Regierung Zbigniew Brzezinski auf, die Sowjetunion in eine „Afghanische Falle“ tappen zu lassen.

Bewegung der Taliban:

Nach dem Rückzug der Sowjets herrschte wieder Bürgerkrieg, in dessen Verlauf die Bewegung der Taliban - ebenfalls gefördert und unterstützt von CIA und Pakistan - gegründet wurde. Die Taliban treten zum ersten Mal 1994 in Erscheinung. 1996 haben sie bereits an Stärke und Macht gewonnen und errichteten das Islamische Emirat Afghanistan, einen

islamistischen Gottesstaat. Der Staat wurde international nicht anerkannt. Einem Bericht der Vereinten Nationen zufolge verübten die Taliban unter Beteiligung der Al-Quaida 15 Massaker an der Zivilbevölkerung sowie angebliche ethnische Säuberungen, die jedoch nicht belegt sind. Es wurde eine Widerstandsbewegung gegen die Taliban, die Vereinte Front, gebildet, die ebenfalls beschuldigt wird, Menschenrechtsverletzungen begangen zu haben. Der Kommandeur der Front bat in einer Rede vor dem Europäischen Parlament in Brüssel um humanitäre Hilfe und beschuldigte die Taliban einer „falschen Interpretation des Islam“, er wurde am 9.11.2001 ermordet, 2 Tage vor dem Anschlag 9/11, der bis heute nicht wirklich aufgeklärt ist, sodaß die von der US-Regierung angekündigte Offenlegung eines Teiles (!) der Akten hoffentlich die notwendige Aufklärung bringen wird.

Militärischer Angriff der USA

Den Anschlag vom 11. 9. 2001 nahmen die USA zum Anlaß eines Militärschlages gegen Afghanistan. Bemerkenswert ist, daß diese militärische Intervention zunächst gegen den Irak ausgeführt werden sollte und nicht gegen Afghanistan. Die Militäraktion wurde von der NATO und ihren Verbündeten durchgeführt, wobei es sich um den 2. Bündnisfall gemäß § 5 und um die größte NATO-Aktion der Geschichte handelte. Die Legitimation wurde mit dem Recht auf Selbstverteidigung begründet, welches der UN-Sicherheitsrat in einer umstrittenen Resolution bestätigt hatte. Im Zuge der militärischen Offensive wurde die Taliban-Regierung gestürzt, Talibankämpfer inhaftiert.

Unter der neuen mit Unterstützung der UNO etablierten Regierung wurde die Taliban wieder gegründet, sie wurden von der US-Administration zur Aufrechterhaltung der Ordnung gebraucht. Während der Zeit der US-Besatzung blühte die Opiumproduktion und der Opiumhandel, im Land herrschte unvorstellbares Chaos.

Die Taliban erhielten bald wieder großen Zuspruch in der Bevölkerung und kontrollierten bald die Hälfte des Landes. Da im Islamischen Staat eine größere Gefahr gesehen wurde, wurden Verhandlungen mit den Taliban aufgenommen, mit der USA wurde ein Friedensabkommen abgeschlossen, in welchem sich die USA ver-

pflichteten, die Besatzung zu beenden und ihre Truppen abzuziehen.

Rückzug der USA und ihrer NATO-Verbündeten

Die USA haben schließlich mit einem desaströsen Rückzug ihren 20-jährigen Militäreinsatz im Krieg gegen den Terror beendet und ein Chaos, unglaubliche Armut der Bevölkerung, jedoch reiche Drogenhändler und ein wertvolles Arsenal an Waffen hinterlassen. Die Bilanz: Milliarden Dollar Kosten und zigtausende Tote. Von der versprochenen Demokratisierung des Staates, Rechtsstaatlichkeit und Durchsetzung von Grund- und Freiheitsrechten keine Spur. Im Gegenteil: 20 Jahre Besatzung haben tiefe Wunden und eine tiefe Abneigung gegen die USA hinterlassen.

Übernahme der Macht durch die Taliban

Zur Überraschung des Westens haben die Taliban die Macht blitzartig und ohne einen geringsten Widerstand übernommen und vorerst eine provisorische Regierung gegründet. Die Enttäuschung im Westen und das Wehklagen sind unüberbietbar. Die Taliban werden als Terrorvereinigung verteufelt. Vergessen ist, daß es der Westen war, der sie zur Bekämpfung eines russischen Einflusses aufgebaut hat. Das Botschaftspersonal der meisten westlichen Staaten wurde abgezogen, Rußland und China haben ihre Vertretungen aufrecht erhalten und den Dialog mit der Taliban-Regierung angekündigt. Die westlichen Staaten haben entweder wie Macron erklärt, die Regierung nicht anzuerkennen oder den Nachweis der Einhaltung der Menschenrechte zur Bedingung gestellt. Gleichzeitig wurden Sanktionen gegen Afghanistan verhängt, ausländische Vermögenswerte eingefroren, der Zugang zum IWF verwehrt und alle Hilfslieferungen gestoppt.

Schwerwiegende Fehler des Westens

Nicht die Taliban sind für die derzeitige Lage Afghanistans verantwortlich, sondern die Kolonialisierung und Unterdrückung durch das British Empire und die militärische Besatzung durch die USA unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Terror. Die USA haben nichts zum wirtschaftlichen Aufbau, nichts zur Herstellung eines Gesundheitssystems oder eines Bildungssystems für alle beigetragen,

sondern nur in das Militär und die militärische Ausrüstung investiert, die am Ende den Taliban in die Hände gefallen ist, da das Militär entweder übergelaufen oder geflüchtet ist.

Der Westen lernt nicht aus Fehlern, sondern wiederholt sie. Die Isolierung der Taliban-Regierung, noch bevor sie das Regierungsamt ausübt, und der Entzug und die Verweigerung aller finanziellen Mittel sind kein Beitrag zum Frieden, sondern sind geeignet, Afghanistan wieder zu destabilisieren.

Der Vergleich der heutigen Taliban-Regierung mit der Regierung vor 25 Jahren hat keine objektive Grundlage. Die Mitglieder der Taliban haben sich nicht nur distanziert, sondern programmatische Erklärungen abgegeben, die vielversprechend sind. Insbesondere läßt die Ankündigung aufhorchen, die Regierung werde eine Regierung für alle sein und alle Volksgruppen und Stämme berücksichtigen. Bisher hat noch keine Regierung und schon gar nicht eine Besatzungsmacht beachtet, daß es in Afghanistan hunderte von Volksgruppen und Stämmen mit verschiedenen Bräuchen und Kulturen gibt.

Allein die Sprachenvielfalt - es gibt 44 verschiedene Sprachen und darüber hinaus Dialekte - zeigt, welchen Herausforderungen die Regierung gegenübersteht. Daß sie dies erkannt hat und Lösungen für alle sucht, ist beachtenswert, viele Regierungen im Westen könnten sich ein Beispiel nehmen.

Der Vorwurf der Einschränkung der Rechte der Frauen geht ebenfalls ins Leere, da Frauen der Bildungsweg und die Teilnahme am Wirtschaftsleben grundsätzlich offen steht. Frauen sind auch im politischen Leben nicht benachteiligt, sie haben 1963 - sohin einige Jahre vor den Frauen in der Schweiz - das aktive und passive Wahlrecht erhalten. Wenn die Taliban-Führung betont, daß alle Rechte im Einklang mit dem Islam auszuüben sind, die Frauen sohin ihrer Pflicht zur Verschleierung nachkommen müssen und vielfach eine Geschlechtertrennung vorzunehmen ist, so wird übersehen, daß dies eine jahrhundertealte Tradition ist, die zu beseitigen oder zu bemängeln dem Westen nicht zusteht. Die kürzlich abgehaltene Demonstration in Kabul von hunderten jungen Studentinnen für die Taliban und die Beibehaltung dieser Traditionen bestätigt dies.

Lehren für die Zukunft

Der Westen sollte erkennen, daß es unzulässig, kontraproduktiv und schädlich ist, anderen Ländern und Gesellschaften politische Modelle und Gesellschaftsmodelle vorzuschreiben oder zu übertragen, die mit der eigenen Tradition und Kultur nicht im Einklang stehen. Das geht auch in Europa nicht, wie das Beispiel Ungarn, das dem Kinderschutz und nicht sexuellen Minderheiten den Vorrang gibt, zeigt. Noch mehr hat dies bei einer anderen Kultur, einer anderen Religion und einer anderen Tradition zu gelten.

Geopolitische und machtpolitische Ziele

Daß jedoch diese Bestrebungen, die liberale Lebensweise anderen Kulturen aufzudrängen, in Wahrheit nicht aus humanitären Gründen oder zur Stärkung der viel zitierten Solidarität erfolgen, sondern der Ausweitung von Machtansprüchen unter dem Deckmantel von Demokratisierung dienen, beweist die Äußerung von Joe Biden zur Rechtfertigung des amerikanischen Fiaskos, daß es nicht Absicht der USA war, in Afghanistan demokratische und rechtsstaatliche

Verhältnisse herzustellen, sondern diene die 20 jährige Besatzung ausschließlich der Wahrung der eigenen Sicherheitsinteressen.

Die Europäer sollten sich diesen Satz gut merken.

Dr. Eva Maria BARKI

Rechtsanwältin mit Spezialgebiet Menschen-, Nationalitäten- und Volksgruppenrechte

1010 Wien, Landhausgasse 4

Offener Brief: Auf dem Weg zur Ibiza-Republik?

OTS-Pressaussendung am 8.9.2021

IHU: Wehret den Anfängen!

Zeiselmauer (OTS) - Aus aktuellem Anlaß informiert die unabhängige „Initiative Heimat & Umwelt“ (IHU) über nachstehenden „Offenen Brief“ von Unterzeichnern über die Parteigrenzen hinweg. IHU-Obfrau Inge Rauscher in einem Kommentar dazu: „Bei dem kürzlichen Urteil gegen Strache und Walter Grubmüller geht es offenbar um eine nachträgliche Legitimierung des Putsches „von oben“ vom Mai 2019, mit dem eine gewählte Regierung zu Fall gebracht wurde. Das kann und sollte aber nicht Aufgabe der „unabhängigen“ Justiz sein!“

Anläßlich der am 27.8.2021 erfolgten erstinstanzlichen, nicht rechtskräftigen **Verurteilung** von **Heinz-Christian Strache** und **Walter Grubmüller** wegen angeblicher Bestechung aufgrund eines durch die Mehrheit des gesamten Nationalrates beschlossenen Gesetzes, haben sich die angeführten Erstunterzeichner zu nachstehendem Aufruf entschlossen.

Wir betrachten dieses Urteil als grob **demokratiewidrig** und auch als einen Eingriff in die persönlichen **Freiheits- und Eigentumsrechte von Spendern**. Es muß jedem Staatsbürger gestattet sein, politische Kräfte seiner Wahl auch finanziell zu unterstützen, wie das die offiziellen Interessensvertretungen wie Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Arbeiterkammer sowie der Österreichische Gewerkschaftsbund seit Jahrzehnten in einem Ausmaß

handhaben, das die staatliche Parteienförderung sogar übersteigt, siehe: <https://www.ots.at/redirect/sn1>

Wir verweisen dabei auch auf einen Artikel des früheren Chefredakteurs der „Presse“ und der „Wiener Zeitung“, des Juristen **Dr. Andreas Unterberger**, siehe: <https://www.ots.at/redirect/andreas-unterberger>

Im Falle des inkriminierten PRIKRAF-Gesetzes, mit dem eine Ungerechtigkeit gegenüber einem langjährigen SPÖ-Mitglied beendet wurde (waren dessen Mitgliedsbeiträge auch Bestechung?), müßten bei konkreter Umsetzung des erstinstanzlichen Gerichtsurteils die gesamte ÖVP- und FPÖ-Fraktion des Nationalrates zum Zeitpunkt des entspr. Mehrheitsbeschlusses (2018) wegen Bestechung angeklagt und verurteilt werden.

Verklagt die WKSTA jetzt die ganze Republik?

Die österreichischen Gerichte und insbesondere die Wirtschafts- und Korruptions-Staatsanwaltschaft sind daher aufgefordert, analog zum Urteil gegen Strache und Grubmüller

- auch alle Nationalrats-Abgeordneten der ÖVP und FPÖ wegen Bestechung anzuklagen und zu verurteilen, die der Aufnahme der Klinik von Hrn. Grubmüller in den PRIKRAF, dem insgesamt 46 Privatkliniken angehören, per Gesetzesbeschluß zugestimmt haben;

- das gleiche gilt für alle Bundesratsabgeordneten, die diesem Ge-

setz gemäß Parlamentskorrespondenz einstimmig zugestimmt haben;

- und für den Bundespräsidenten, der dieses Gesetz mit seiner Unterschrift in Kraft gesetzt hat.

„Ein marxistisches System erkennt man daran, daß es die Kriminellen verschont und die politischen Gegner kriminalisiert.“

Alexander Solschenizyn

Viele Österreicher haben angesichts oben aufgezeigter Gesichtspunkte immer mehr den Eindruck, daß unser Land in eine „Ibiza-Republik“ verwandelt wird, in der eindeutig Kriminelle mit illegalen Methoden jeden zu Fall bringen können, wenn sie daraus Kapital schlagen können und wenn irgendeine politische Richtung daran interessiert ist. Wir fragen uns daher, warum folgende, seit über zwei Jahren offenkundig wichtigsten Fragen von „Ibiza“ bis heute von den „unabhängigen Gerichten“ weder geklärt noch unseres Wissens nach überhaupt zur Anklage gebracht wurden:

- **Wer sind die politischen Auftraggeber** des über achtstündigen, illegal aufgenommenen Videos? Warum gibt es bis heute keine Anklagen, geschweige denn Gerichtsverfahren gegen diese wegen dieser illegalen Aufnahmen und deren öffentlicher Verbreitung? Der aktuelle Prozeß gegen Julian H.,

der nur einer der Ausführenden war, betrifft „nur“ Drogendelikte.

● Warum wurde die Hauptzeugin, nämlich die angebliche **Oligarchin**, nach so einem langen Zeitraum noch immer nicht gefunden, geschweige denn einvernommen?

● Haben wir es mit einem völligen Versagen der aus Steuergeldern finanzierten österreichischen Nachrichtendienste zu tun oder mit (partei-)politischen Absichten?

Adolf Baumgarten, Schauereg
Heinz Fries, Traismauer

Christine Götz, Wien
Marlene Kaltenbacher, Wien
Mag. **Bernhard Kment**, Wien
Mag. **Nadeshda Koschelu-Dimitrow**, Wien
Helmut Müller, Wien
Gottfried Pausch, Maishofen
Dipl.Ing. **Wolfgang Pelikan**, Hornstein
Dr. **Franz-Joseph Plank**, Laaben
Inge Rauscher, Zeiselmauer
Doris Serra, Wien
Klaus Stadlmann, Wien
Ing. **Ernst u. Margit Steinwender**,
Marchtrenk
Dr. **Inge Urban**, Spittal/Drau
Hon.Univ.Prof. Dipl.Ing.Dr.
Heinrich Wohlmeyer, Lilienfeld

„Gläserne Bürger“: EU-Kommission plant Vermögensregister

Im Juli dieses Jahres gab die EU-Kommission eine Machbarkeits-Studie für ein EU-weites Vermögensregister in Auftrag. Darin heißt es: „Die Erhebung von Daten und die Zusammenschaltung von Registern sind ein wichtiges Instrument des EU-Rechts, um den Zugang der zuständigen Behörden zu Finanzinformationen zu beschleunigen und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu erleichtern. Im Rahmen dieses Projekts sollen verschiedene Möglichkeiten für die Erhebung von Informationen zur Einrichtung eines Vermögensregisters geprüft werden, das anschließend in eine politische Initiative einfließen kann. Es soll untersucht werden, wie aus verschiedenen Quellen des Vermögenseigentums (z.B. Landregister, Unternehmensregister, Trust- und Stiftungsregister, zentrale Verwahrstellen von Wertpapieren usw.) verfügbare Informationen gesammelt und miteinander verknüpft werden können, und der Entwurf, der Umfang und die Herausforderungen für ein solches Vermögensregister der Union analysiert werden. Die Möglichkeit, Daten über das Eigentum an anderen Vermögenswerten wie

Kryptowährungen, Kunstwerken, Immobilien und Gold in das Register aufzunehmen, ist ebenfalls zu berücksichtigen.“

Der Hintergrund für dieses Vorhaben ist wohl die Einführung von **Vermögensabgaben** angesichts der durch die inszenierte „Corona-Krise“ **massiv gestiegenen Verschuldung der EU-Staaten**. Der Nachrichtendienst „Report24“ schreibt dazu: „Ehe alles zusammenbricht, wollen die modernen Raubritter in Gestalt der europäischen Finanzbehörden unbedingt Inventur machen und wissen, bei wem wieviel abzugreifen ist. So wie sich traditionelle Diebesbanden bei ihren auserkorenen Opfern in den Ziel- und Aktionsgebieten vorab genau informieren und durch „Gaunerzinken“ gegenseitig wissen lassen, bei wem genau wieviel abzugreifen ist und wo sich der Zugriff lohnt, will nun auch die EU-Kommission alle Informationen über verschiedene Quellen des Vermögenseigentums der Bürger und Unternehmen verknüpfen. Auch die kleinen und mittleren Vermögen sollen in einer gigantischen vernetzten Datenbank zusammengeführt werden.“

ihu@a1.net - www.heimat-und-umwelt.at - www.jazumoexit.at
<https://de-de.facebook.com/inge.rauscher.5283>

WEGWARTE

Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt,
31. Jahrgang, Folge 4, September 2021, ZulassungsNr. "SP20Z042089S",
Druck: H. Schmitz Kopien, 1200 Wien,

Impressum: Medieninhaber/ Herausgeber/Verleger:

Initiative Heimat & Umwelt, 3424 Zeiselmauer, Hagengasse 5,
Tel.: 02242/70516 oder 0664/489 37 97, ihu@a1.net

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 15.09.2021,

Spendenkonto: IBAN: AT366000000007483053, BIC: OPSKATWW

Warum „WEGWARTE“?

Als Name für unseren, etwa alle zwei Monate erscheinenden Informationsdienst an viele Bürger in allen Bundesländern haben wir die Symbolblume der „Initiative Heimat & Umwelt“ gewählt. Die „Wegwarte“ ist eine zartblau blühende, sperrige, ausdauernde und anspruchslose Wildpflanze. Sie wächst vorwiegend an Straßen-, Weg- und Ackerrändern und ist fast über die ganze Welt verbreitet.

Die „Initiative Heimat & Umwelt“ (IHU) ist eine freie und unabhängige Arbeitsgemeinschaft. Seit 33 Jahren werden unsere Aktivitäten **ausschließlich ehrenamtlich** und uneigennützig geleistet. Wir erhalten keinerlei Subventionen; die Finanzierung erfolgt durch **freiwillige Kostenbeiträge** österreichischer Bürger und durch immer wieder beträchtliche private Beiträge der engsten Mitarbeiter.

WIR DANKEN allen moralischen und finanziellen Unterstützern unserer Arbeit ganz herzlich und hoffen, daß es noch viele mehr werden!

BITTE benützen Sie den beiliegenden Erlagschein oder überweisen Sie einen Kostenbeitrag je nach Ihren persönlichen Möglichkeiten von Ihrer Bank aus. Auch in einem Kuvert mitgeschickte Barspenden erreichen uns verlässlich. Gerne würden wir die „Wegwarte“ auch an mögliche Interessenten für unsere Anliegen aus Ihrem Freundes- und Verwandtenkreis senden; bitte geben Sie uns solche Adressen bekannt. Danke im voraus für Ihre Mühe!

Hinweis für Neu- oder Wieder-Empfänger: Erhalten Sie die „Wegwarte“ heute zum ersten Mal oder seit längerem wieder einmal, senden Sie uns bitte einen kleinen Kostenbeitrag. Dann kommen Sie in die Versandliste für jede Ausgabe dieser unabhängigen Zeitschrift ohne Firmen- oder Parteieninserate!

Bitte weiterverbreiten!

INITIATIVE
Heimat & Umwelt



Freiheitskundgebungen zum Widerstandsrecht in Demokratien Corona / Impfen / 5G-Mobilfunknetz

Hauptrednerin:

Min.Rätin Mag.a Monika DONNER

Autorin des Buches „Corona-Diktatur - Wissen - Widerstand - Freiheit“

(Buch bei allen Kundgebungen auch erhältlich)

und Sprecher des Arbeitskreises gegen Elektrosmog

Alle Kundgebungstermine sind behördlich gemeldet. Das Versammlungsrecht als eine der Grundsäulen jeder Demokratie gestattet keinerlei Diskriminierung von Teilnehmern aufgrund verfassungswidriger „Regeln“. Auch Geimpfte sind willkommen.

Wir sind EIN VOLK - trotz allem!

Die Kundgebungen finden **im Freien bei jedem Wetter statt**. Bei ganz schlechtem Wetter bitte evtl. - wer hat - ein größeres oder kleineres Zelt oder sonstige Unterstandsvorrichtungen mitbringen. Bitte untereinander zusammenhelfen, Fahrgemeinschaften bilden usw.

**Individuelle Transparente, Poster,
Österreich- und Landesfahnen sehr willkommen.**

in **KLAGENFURT**
Sa, 9. Oktober, 14-17 Uhr
am **Neuen Platz**
zwischen Lindwurm und Rathaus

in **SALZBURG**
Sa, 16. Oktober, 14-17 Uhr
am **Mozartplatz**

in **WIEN**
Sa, 23. Oktober, 14-17 Uhr
am **Platz der Menschenrechte**
1070 Wien, Mariahilferstrasse 1

Zusatzredner: **Dr. Stefan Lanka**, Mikrobiologe